

**Einwurf.** Unis nicken die als alternativlos dargestellte Corona-Politik der Regierung ab. Kritische Geister werden angefeindet.

## Umkämpfte Wissenschaft

VON ANDREA KOMLOSY

Im Wintersemester 2021/22 sorgte die Ringvorlesung „Corona – eine transdisziplinäre Herausforderung“ für Vorwürfe und Anfeindungen gegen die Referenten und gegen mich als Organisatorin. Hinzu kamen distanzierende Stellungnahmen seitens studentischer Vertretungen, sozialer Medien und der Universitätsinstitute, insbesondere des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, dem ich seit fast 30 Jahren angehöre. Da die Universitätsleitung zur Lehrfreiheit stand, konnte die Veranstaltung trotz allem abgehalten werden.

Die fast 1200 Anmeldungen zeugen von regem Interesse und dem Bedürfnis, die Pandemie und die ergriffenen Maßnahmen jenseits des medizinisch-virologischen Blicks zu erörtern. Die Vorlesung, die in Kooperation mit Boku und TU Wien stattfand, vereinte ein breites Spektrum von Disziplinen und Einschätzungen zur Gefährlichkeit des Virus sowie zur Sinnhaftigkeit der Maßnahmen. Die Themen reichten von Gesundheit über Wissenschaftstheorie und Medienkommunikation bis zur Pandemie als Faktor im globalen sozioökonomischen Wandel. Sämtliche Referenten sind Experten. Die Stimmen, die der Corona-Politik der Regierung kritisch gegenüberstehen und daher in Beratungsgremien und Medien nicht zu Wort kommen, überwiegen.

Der Umgang mit der Pandemie ist ein umstrittenes Thema. Umso mehr sollten verschiedene Expertisen dazu miteinander ins Gespräch kommen. Das Gegenteil trat mit der als alternativlos dargestellten Verordnungspolitik der Regierung ein. Medien tragen sie mit, Universitäten nicken sie ab. Während Lockdowns, Kontaktverfolgungen und Zugangskontrollen Big Pharma, Online-Handel, IT, künstliche Intelligenz und Überwachung als Zukunftsbranchen einer digitalen Epoche positionieren, wird die wissenschaftliche Debatte nicht zur angestrebten allgemeinen Wahrheit

heit, der man nicht widersprechen darf, ohne der „Verschwörung“ oder Wissenschaftsleugnung bezichtigt zu werden.

Die Skandalisierung der Vortragenden schneidet jede Auseinandersetzung mit Argumenten ab. Stattdessen operieren die Wahrheitshüter mit Kontaktschuldvorwürfen und unterstellten Referenten sozialdarwinistisches oder rechtes Gedankengut. Selbst die Antisemitismus-Keule wurde geschwungen: Die HochschülerInnenschaft bezichtigte mich aufgrund eines „Spektrum“-Beitrags von 2002, in dem ich israelische Übergriffe im besetzten Palästina behandelte, des „Antisemitismus“. Statt Widerspruch und Kritikfähigkeit wird bedingungslose Loyalität mit der gerade vorherrschenden, zum „Stand der Wissenschaft“ erklärten Corona-Position der Regierung eingefordert.

### Beunruhigende Entwicklung

Besonders beunruhigend erscheint, dass sich Akademiker und studentische Vertretungen, denen die Rolle als gesellschaftskritisches Korrektiv zukommen müsste, zum scharfen Einpeitscher unhinterfragbarer angeblicher Wahrheiten machen. Gerade hingen viele noch postmoderner Relativierung an, und plötzlich gehen sie mit staatlichen Befunden und Maßnahmen konform. Hat der Postmodernismus am Ende zum Verlust eigenständiger Meinungsbildung und intellektueller Kapazität geführt? Sind es Ängste der Mittelschichtstochter und -söhne, angesichts der kybernetischen Transformation sowie des geopolitischen Aufstiegs asiatischer Staaten den Anschluss zu verlieren? Gegenüber Entwicklungen, die systemimmanent nicht mehr zu bewältigen sind, bietet ein autoritär auftretendes Corona-Management Anschlussmöglichkeiten für vormals kritische Geister. Wer diesen hegemonialen Konsens infrage stellt, wird zum Feind erklärt.

Andrea Komlosy (\*1957) ist a. o. Univ.-Prof. am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Wien.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

DAS CORONAVIRUS  
ÜBERLEBT EINEN  
ATOMKRIEG



ABER ES FINDET  
KEINE WIRTE  
MEHR

KuF  
2022

## Die nukleare Bedrohung ist leider zurück

**Ukraine-Krieg.** Die Welt hat noch einmal Glück gehabt, aber die Gefahr eines Strahlenlecks ist seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine real.

VON MOHAMED ELBARADEI

Die jüngsten Kampfhandlungen zwischen russischen Truppen und Streitkräften der ukrainischen Zivilverteidigung auf dem Gelände des ukrainischen Kernkraftwerks Saporischschja haben gezeigt, wie nah die Welt vor einem schrecklichen Albtraum steht: einem massiven Strahlenleck. Saporischschja – Europas größtes Kernkraftwerk – hat sechs Kernreaktoren, von denen jeder einzelne von den Bränden, die während der russischen Bombardierung der Anlage und der Kämpfe auf dem Gelände ausbrachen, hätte beschädigt werden können. (...)

Die Welt hat noch einmal Glück gehabt. Doch sind noch ein weiteres halbes Dutzend Kernreaktoren über die Ukraine verstreut, was bedeutet, dass das Worst-Case-Szenario noch eintreten kann. Von den vielen Möglichkeiten, wie sich der Konflikt in der Ukraine auf Europa und darüber

hinaus ausweiten könnte, wäre ein radioaktiver Fallout eine der schlimmsten und allgegenwärtigsten. Noch schlimmer wäre ein Atomschlag. Neben den schrecklichen Verlusten an Menschenleben und der Vertreibung von Millionen von Menschen ist das verstörendste Merkmal des Ukraine-Krieges bisher die Wiedereinführung von Kernwaffen als eine zentrale Komponente der Geopolitik.

### Seit den 1970ern nicht erlebt

Putins Schritt ist etwas, was wir nicht mehr erlebt haben, seit die Welt in den 1960er-Jahren während der Kubakrise und dann erneut während des arabisch-israelischen Krieges von 1973 am Rande eines nuklearen Holocaust stand. Damals schien den führenden Atommächten bewusst geworden zu sein, dass die Verbreitung von Kernwaffen das Risiko einer nuklearen Apokalypse erhöhte. Zwischen 1965 und 1968 handelten sie den Atomwaffensperrvertrag aus, der dann 1970 in Kraft trat.

Bedenkt man, dass sich der Kalte Krieg nach der sowjetischen Unterdrückung des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei auf seinem Höhepunkt befand, spiegelt der Sperrvertrag einen bemerkenswerten Konsens wider. Der Vertrag hat derzeit 191 Unterzeichnerstaaten, darunter die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. (...) Auf den Sperrvertrag folgte dann eine Reihe von Rüstungskontrollmaßnahmen. Am wichtigsten waren dabei die bilateralen Vereinbarungen, die die sowjetischen und US-amerikanischen Kernwaffenbestände deutlich verringerten. Das erste (und bisher einzige) Land, das sein Kernwaffenprogramm und seine Kernwaffen freiwillig aufgab, war Anfang der 1990er-Jahre Südafrika. (...)

Doch natürlich gab es beachtenswerte Ausnahmen von diesem positiven Trend. Im Mai 1998 führte Indien mehrere unterirdische Kernwaffentests durch, was Pakistan veranlasste, dasselbe zu tun. Und Nordkorea hat die

### PIZZICATO

## Z wie zynisch

Wie ein Brandzeichen hinterließ Zorro als Rächer der Entrechteten das Z als Logo. Die Gegner sollten erzittern und erschauern vor dem Mann mit der schwarzen Maske und dem Degen.

Dass die russische Soldateska auf Geheiß des im Orwell'schen Sinne „Ministeriums für Wahrheit und Frieden“ in Moskau ein Z – nicht in Schwarz, sondern in unschuldigem Weiß – auf Panzer, Häuserfronten und T-Shirts malt, passt ins Konzept der Chefzyniker Putin und Lawrow. Z steht für den Slogan „Für den Sieg“. Sprich: Z wie zynisch. Es steht auch für „Z – Anatomie eines politischen Mordes“, den Polit-Thriller von Costa-Gavras. Und für Zelenskyi in der englischen Schreibweise. Das V für „Die Kraft liegt in der Wahrheit“ fügt sich wiederum in die verquere Welt der KGB-Clique im Kreml.

Ein russischer Turner büßte jüngst für seine Z-Symbolaktion. Und Brutalo-Judoka Putin ist seinen schwarzen Gürtel los. Die Klitschkos, Vitali und Wladimir alias „Dr. Eisenfaust“ und „Dr. Steelhammer“, würden am liebsten im Ring gegen „Vlad“ antreten, wie der britische Boulevard Putin in Anlehnung an Dracula tituliert. Mit bloßen Fäusten, mano a mano in der Diktion Zorros. Die Klitschko-Brüder lassen sich nicht so leicht aufs Kreuz legen. Sie würden „Vlad“ den Zynismus schnell austreiben. Ein K. o. wäre mindestens OK für ihn, um es zynisch zu formulieren. (vier)

Reaktionen an: [thomas.vieregge@diepresse.com](mailto:thomas.vieregge@diepresse.com)

### LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
[leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Nur beim Aussackeln der Autofahrer konsequent

„Kogler: Die WKO auf der „Schleimspur“, 9.3.

Als begeisterten Autofahrer (und somit Staatsfeind) nervt es mich schon lang, mit welcher Konsequenz (um nicht zu sagen Brutalität) Maßnahmen zum (finanziellen) Nachteil der Autofahrer durchgedrückt werden. Als da wären: Kurzparkzonen in Wien, ständige Erhöhung von NoVA und motorbezogener Versicherungssteuer, und als jüngstes Beispiel die CO<sub>2</sub>-Steuer, durch die die schon vor dem Ukrainekrieg horrenden Spritpreise weiter steigen werden und deren Verschiebung der Vizekanzler mit derart patzig-präpotenten Worten abgelehnt

hat, dass sogar Ex-Präsident Fischer sich dazu geäußert hat.

Damit zu einem ganz anderen Thema: Strafen für Nichteinhaltung der Impfpflicht waren ab 15. März fix, kommen jetzt aber doch nicht, stattdessen gibt es wieder einmal eine Kommission, die irgendetwas beurteilt, nach drei Monaten evaluieren wir, und dann vielleicht, oder auch nicht... Schau ma halt. Wenn es um die Volksgesundheit nach zwei Jahren Pandemie geht, braucht man ja nicht so konsequent zu sein wie beim Aussackeln der Autofahrer. Man muss halt Prioritäten setzen.  
Mag. Alfred Gradl, 2500 Baden

### Schwächt für den Herbst

„Regierung setzt Impfpflicht vorübergehend aus“, von Hellin Jankowski, *DiePresse.com*, 9.3. Eine kleine, aber lautstarke Minderheit von Impfgegnern setzt sich jetzt auch politisch gegen eine solidarische Mehrheit durch, sodass der Grundwert „Gemeinwohl geht vor Eigennutz“ nichts

mehr gilt. Das schwächt die Grundimmunisierung für die Infektionswellen im Herbst.  
Dr. Günther Witzany, 5111 Bürmoos

### Neues Blatt in Kirchengeschichte der Ukraine

„Kyrill wird diesen Kampf verlieren“, v. Anne-Catherine Simon, 8.3. „Man möge die Zivilbevölkerung schonen.“ Mit dieser lahmen Reaktion auf den brutalen Überfall auf die Ukraine stellte sich Patriarch Kyrill, das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, auf die Seite des von ihm oft gepriesenen „Verteidigers des Vaterlandes“. Offenbar glaubte er an eine rasche Durchführung der „Spezialoperation“, die kirchliche Verhältnisse nicht berührt. Umso wütender reagierte er auf die ganz anders lautende Reaktion des ihm unterstehenden Metropoliten von Kiew, Onufrij: Es gebe für die Invasion „keine Entschuldigung, weder vor Gott noch vor den Menschen“, er verglich diese mit der Sünde Kains, der seinen Bruder, Abel,